

Stand: 10.02.2026 13:59:22

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/12616

"Stellenabbau bei BAT (British American Tobacco) in Bayreuth - Arbeitsplätze erhalten, Perspektiven eröffnen und Zukunftspotenziale erschließen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/12616 vom 19.07.2016
2. Plenarprotokoll Nr. 81 vom 20.07.2016
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/14293 des WI vom 08.11.2016
4. Beschluss des Plenums 17/14363 vom 22.11.2016
5. Plenarprotokoll Nr. 87 vom 22.11.2016



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Dr. Christoph Rabenstein, Klaus Adelt, Inge Aures, Susann Biedefeld, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Bernhard Roos, Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Kathi Petersen und Fraktion (SPD)**

Stellenabbau bei BAT (British American Tobacco) in Bayreuth - Arbeitsplätze erhalten, Perspektiven eröffnen und Zukunftspotenziale erschließen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag missbilligt den angekündigten Abbau des britischen Tabakkonzerns BAT von zwei Dritteln seiner Jobs (950 von 1.400 Arbeitsplätzen) in Bayreuth. Dieser beabsichtigt, das Werk in Bayreuth bis 2017 größtenteils zu schließen, obwohl es hochproduktiv ist und die Belegschaft bereits weitreichende Zugeständnisse gemacht hat.

Er fordert ein klares Bekenntnis des Unternehmens zum Standort Bayreuth.

Er fordert das Unternehmen auf, sich seiner sozialen Verantwortung für die betroffenen Beschäftigten und deren Familien zu stellen und möglichst viele Arbeitsplätze zu erhalten.

Er erklärt sich solidarisch mit der Belegschaft und teilt die Sorgen und Ängste der Mitarbeiter und unterstützt die Suche nach bestmöglichen Lösungen aller Verantwortlichen auf allen Handlungsebenen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, Perspektiven für die BAT-Mitarbeiter zu eröffnen, das wirtschaftliche Umfeld am Standort Bayreuth zu stärken und Zukunftspotenziale zu erschließen.

Hierzu zählen folgende Punkte:

- Auf die Einhaltung der Zusagen des Unternehmens, Einrichtung einer Transfergesellschaft, Garantie für die Auszubildenden und Bereitstellung eines Qualifizierungsbudgets, ist zu achten. Betriebsbedingte Kündigungen müssen ausgeschlossen werden, alle Altersteilzeitmöglichkeiten, interne Arbeitsplatzwechsel und Weiterqualifizierungsmöglichkeiten müssen ausgeschöpft werden.
- Mit Arbeitsförderungs- und Qualifizierungsmaßnahmen aus Mitteln des Arbeitsmarktfonds und

des europäischen Sozialfonds sind die Aktivitäten der Arbeitsverwaltung in höchstmöglichen Maße zu flankieren. Dies gilt auch für die Unterstützung der Task Force der Agentur für Arbeit.

- Das Struktur- und Innovationsprogramm der Stadt Bayreuth, der Universität, der Handwerkskammer und der Industrie- und Handelskammer Oberfranken muss durch eine aktive Ansiedlungs- und gezielte Investitionsakquisen begleitend gefördert und voran gebracht werden.
- Regionalfördermittel müssen schnellstmöglich bewilligt werden, um Arbeitsplätze zu sichern bzw. neue zu schaffen.
- Neben dem Struktur- und Innovationsprogramm sind gezielt Technologie-, Digitalisierungs- und Wissenschaftsprojekte am Standort Bayreuth in Kooperation mit der Universität und Industriepartnern zu intensivieren.
- Dem Landtag umgehend zu berichten, welche Maßnahmen die Staatsregierung kurzfristig ergriffen hat, um den betroffenen Mitarbeitern neue Perspektiven zu geben. Gleichzeitig sind die angekündigten Maßnahmen vorzulegen, mit denen die Staatsregierung in der Region langfristig attraktive Arbeitsplätze schaffen will.

Begründung:

Nach Angaben des Unternehmens soll das bisher produzierte Volumen für Fertzigigaretten und ausgewählte Halbfabrikate in Bayreuth bis Ende 2017 in Fabriken in Polen, Ungarn, Rumänien und Kroatien übertragen werden. Diese Verlagerung soll voraussichtlich bis Mitte 2018 abgeschlossen sein. Die Veränderungen werden zu einem Stellenabbau von rund 950 Arbeitsplätzen im Werk in Bayreuth führen.

Das Werk Bayreuth wurde 1957 als Produktionsstätte der BAT gegründet und seit dieser Zeit fortentwickelt und immer wieder erweitert. Besonders im Jahr 1996 wurde der Bereich Forschung, Entwicklung und Qualität von Hamburg nach Bayreuth verlegt und für Baumaßnahmen rund 50 Millionen Euro investiert. Erst 2012 hat BAT erneut (u.a. für ein Hochregal) rund 46 Millionen Euro investiert. Damit ist die Betriebsstätte in Oberfranken die weltweit größte Produktionsstätte der BAT und zudem hochproduktiv.

Neben 950 hochqualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern (von insgesamt 1.400 Mitarbeitern),

die ihre Tätigkeit verlieren, sind weitere 500 Dienstleister, Zulieferer etc. ebenfalls von der Schließung betroffen. Mit Familienangehörigen sind rund 5.000 Menschen in Bayreuth und Umgebung unmittelbar involviert. Nicht nur durch die massenhaften Jobverluste erleidet die oberfränkische Region erheblichen wirtschaftlichen Schaden. So geht für die Stadt Bayreuth einer der größten Gewerbesteuerzahler verloren und die Steuer- und Sozialsysteme werden beeinträchtigt. Das Auftragsvolumen, das das Unternehmen

an regionale Zulieferer vergibt, liegt nach eigenen Angaben bei rund 40 Millionen Euro und die Kaufkraft der Mitarbeiter beträgt 47 Millionen Euro.

Nicht nachvollziehbar sind deshalb die Gründe der Schließung. Obwohl das Werk produktiv arbeitet und schwarze Zahlen schreibt, soll es wegen zu hoher Lohnkosten in „Billigländer“ in Osteuropa verlagert werden. Es geht hier um reine Gewinnmaximierung, ohne auf die Folgen der Betroffenen vor Ort zu achten.

(Unruhe)

Ich darf Sie noch einmal höflich bitten, die Plätze einzunehmen.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir fahren mit der Abstimmung fort. Es geht um den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/12614. Wer dem Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich komme damit zum Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/12627. Dazu ist eine zweigeteilte Abstimmung über den ersten Absatz und über den zweiten Absatz beantragt worden.

Ich lasse jetzt über den ersten Absatz des Dringlichkeitsantrags der FREIEN WÄHLER abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen! – Die Fraktionen der CSU, der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Teil des Antrags abgelehnt.

Dann lasse ich über den zweiten Absatz dieses Antrags der FREIEN WÄHLER abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Die Fraktion der CSU. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/12615 mit 17/12621 sowie 17/12628 und 17/12629 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkte 7 bis 9** gemeinsam auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Änderung des Bestattungsgesetzes (Drs. 17/8884)

- Zweite Lesung -

und

Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Paul Wengert, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u. a. und Fraktion (SPD) zur Änderung des Bestattungsgesetzes Bekämpfung ausbeuterischer Kinderarbeit bei der Grabsteinherstellung (Drs. 17/10925)

- Zweite Lesung -

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung Gesetz zur Bekämpfung ausbeuterischer Kinderarbeit bei der Grabsteinherstellung (Drs. 17/10903)

- Zweite Lesung -

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt gemäß der Vereinbarung im Ältestenrat 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist Herr Kollege Mistol von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Jürgen Mistol (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Im April 2009 beschloss der Nürnberger Stadtrat, dass auf städtischen Friedhöfen nur noch Grabsteine aufgestellt werden dürfen, die in der gesamten Wertschöpfungskette nachweislich ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne der ILO-Konvention Nr. 182 hergestellt wurden.

Was danach kam, ist hinlänglich bekannt. Dass die Mühlen der Politik mitunter furchtbar langsam mahlen, obwohl man sich in der Sache einig ist, zeigt sich an den vorliegenden Gesetzentwürfen sehr deutlich. Es brauchte nicht nur mehr als sieben Jahre, sondern auch zahlreiche Initiativen insbesondere der Opposition, von den GRÜNEN und der SPD. Beschlüsse des Landtags und Absichtserklärungen der Staatsregierung waren vorhanden, bis hier und heute endlich ein Verbot von Grabmalen vorgenommen wird, die durch Kinderarbeit entstanden sind.

Kolleginnen und Kollegen, am 12. Juni war der Welttag gegen Kinderarbeit. Nach Schätzungen von UNICEF, ILO und Weltbank sind aktuell 168 Millionen Kinder und Jugendliche zwischen 5 und 17 Jahren Kinderarbeiter. Mehr als die Hälfte davon leiden unter Arbeitsbedingungen, die gefährlich und ausbeuterisch sind. Dabei haben sich fast alle Staaten der Welt dazu verpflichtet, jegliche Form der Kinderarbeit bis 2025 vollständig abzuschaffen. Auch wenn Gesetze allein nicht ausreichen, um Kinderarbeit zu bekämpfen, sind sie doch wichtig und senden eine klare Botschaft aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher,
Dr. Christoph Rabenstein, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Drs. 17/12616**

**Stellenabbau bei BAT (British American Tobacco) in Bayreuth -
Arbeitsplätze erhalten, Perspektiven eröffnen und Zukunftspotenziale erschließen**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Im ersten Spiegelstrich werden im zweiten Satz die Wörter „Betriebsbedingte Kündigungen müssen ausgeschlossen werden,“ gestrichen und das Wort „alle“ großgeschrieben.
2. Im sechsten Spiegelstrich wird das Wort „umgehend“ durch das Wort „ist“ ersetzt.

Berichterstatterin: **Annette Karl**
Mitberichterstatter: **Dr. Otmar Bernhard**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 53. Sitzung am 29. September 2016 beraten und einstimmig mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 131. Sitzung am 8. November 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: 10 Zustimmung, 1 Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: kein Votum
der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Erwin Huber
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Dr. Christoph Rabenstein, Klaus Adelt, Inge Aures, Susann Biedefeld, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Bernhard Roos, Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Kathi Petersen** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/12616, 17/14293

Stellenabbau bei BAT (British American Tobacco) in Bayreuth – Arbeitsplätze erhalten, Perspektiven eröffnen und Zukunftspotenziale erschließen

Der Landtag missbilligt den angekündigten Abbau des britischen Tabakkonzerns BAT von zwei Dritteln seiner Jobs (950 von 1.400 Arbeitsplätzen) in Bayreuth. Dieser beabsichtigt, das Werk in Bayreuth bis 2017 größtenteils zu schließen, obwohl es hochproduktiv ist und die Belegschaft bereits weitreichende Zugeständnisse gemacht hat.

Der Landtag fordert ein klares Bekenntnis des Unternehmens zum Standort Bayreuth.

Er fordert das Unternehmen auf, sich seiner sozialen Verantwortung für die betroffenen Beschäftigten und deren Familien zu stellen und möglichst viele Arbeitsplätze zu erhalten.

Er erklärt sich solidarisch mit der Belegschaft und teilt die Sorgen und Ängste der Mitarbeiter und unterstützt die Suche nach bestmöglichen Lösungen aller Verantwortlichen auf allen Handlungsebenen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, Perspektiven für die BAT-Mitarbeiter zu eröffnen, das wirtschaftliche Umfeld am Standort Bayreuth zu stärken und Zukunftspotenziale zu erschließen.

Hierzu zählen folgende Punkte:

- Auf die Einhaltung der Zusagen des Unternehmens, Einrichtung einer Transfergesellschaft, Garantie für die Auszubildenden und Bereitstellung eines Qualifizierungsbudgets, ist zu achten. Alle Altersteilzeitmöglichkeiten, interne Arbeitsplatzwechsel und Weiterqualifizierungsmöglichkeiten müssen ausgeschöpft werden.
- Mit Arbeitsförderungs- und Qualifizierungsmaßnahmen aus Mitteln des Arbeitsmarktfonds und des Europäischen Sozialfonds sind die Aktivitäten der Arbeitsverwaltung in höchstmöglichem Maße zu flankieren. Dies gilt auch für die Unterstützung der Task Force der Agentur für Arbeit.
- Das Struktur- und Innovationsprogramm der Stadt Bayreuth, der Universität, der Handwerkskammer und der Industrie- und Handelskammer Oberfranken muss durch eine aktive Ansiedlungspolitik und gezielte Investitionsakquisen begleitend gefördert und vorangebracht werden.
- Regionalfördermittel müssen schnellstmöglich bewilligt werden, um Arbeitsplätze zu sichern bzw. neue zu schaffen.
- Neben dem Struktur- und Innovationsprogramm sind gezielt Technologie-, Digitalisierungs- und Wissenschaftsprojekte am Standort Bayreuth in Kooperation mit der Universität und Industriepartnern zu intensivieren.
- Dem Landtag ist zu berichten, welche Maßnahmen die Staatsregierung kurzfristig ergriffen hat, um den betroffenen Mitarbeitern neue Perspektiven zu geben. Gleichzeitig sind die angekündigten Maßnahmen vorzulegen, mit denen die Staatsregierung in der Region langfristig attraktive Arbeitsplätze schaffen will.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet
I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über eine Europaangelegenheit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsaufordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat in seiner Sitzung am 8. November den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Gremiums europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation und den Vorschlag für eine Richtlinie über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation beraten und bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN festgestellt, dass hiergegen Subsidiaritätsbedenken bestehen, und beschlossen, die Staatsregierung aufzufordern, darauf hinzuwirken, dass die Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrates finden. Der Bundesrat wird die Angelegenheit in seiner Sitzung diesen Freitag beraten. Im Einzelnen verweise ich auf die Drucksache 17/14272. Die Subsidiaritätsangelegenheit ist in der Ihnen vorliegenden Liste an Nummer 1 aufgeführt.

Außerdem möchte ich auf die Nummer 29 der Liste verweisen. In Abstimmung mit den Fraktionen wird das Antragsbegehr dahin gehend konkretisiert, dass die Staatsregierung aufgefordert wird, ihren staatlichen Brauereien die Herstellung von Bio-Biersorten zu empfehlen und dem Landtag zu berichten.

(...)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Wir kommen damit zur Abstimmung über die Liste. – Ich bitte, die Plätze wieder einzunehmen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich bitte, die Plätze einzunehmen, sonst fahre ich in der Tagesordnung nicht fort.

(Unruhe)

Ich sage zum letzten Mal: Ich bitte, die Plätze einzunehmen.

Wir kommen also jetzt zur Abstimmung über die Liste. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktion verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Europaangelegenheit und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden
(Tagesordnungspunkt 3)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheit

1. Subsidiarität

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Gremiums europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (GEREK)
COM (2016) 591 final
BR-Drs. 599/16
und

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung)
COM (2016) 590 final
BR-Drs. 612/16

Drs. 17/14272 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

Anträge

2. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Petra Guttenberger, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU)
Verbesserung des Versicherungsschutzes für Hochwasserschäden
Drs. 17/12147, 17/13967 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

3. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD
Investitionsförderung für Krankenhäuser verbessern
Drs. 17/12272, 17/14294 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Erwin Huber, Eberhard Rotter, Karl Freller u.a. CSU
Elektromobilität in Bayern vorantreiben – E-Busse im ÖPNV fördern
Drs. 17/12421, 17/14291 (ENTH)

Die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

5. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD
Wildunfälle verhindern!
Drs. 17/12422, 17/13979 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Dr. Christoph Rabenstein, Florian Ritter, Kathi Petersen u.a. SPD
Bürgerinitiative „Ein Prozent für unser Land“ – Verbindungen zu neurechten Gruppierungen Pegida und Identitäre Bewegung?
Drs. 17/12424, 17/13978 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein, Jürgen Baumgärtner u.a. CSU
Suchtprävention bei Jugendlichen –
Datengrundlage für die Arbeit vor Ort schaffen (3. Durchgang)
Drs. 17/12445, 17/13989 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	A	<input type="checkbox"/>	A

8. Antrag der Abgeordneten Eberhard Rotter, Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Nährstoffgehalt im Bodensee –
Wassereinleitung in höhere Wasserschichten forcieren
Drs. 17/12533, 17/14150 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	A	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Johann Häusler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Altersarmut in der Landwirtschaft vorbeugen
Drs. 17/12565, 17/14307 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Johann Häusler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Agrarmarketing vorantreiben
Drs. 17/12566, 17/14306 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

11. Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Herbert Woerlein,
Florian von Brunn u.a. SPD
Runder Tisch zu illegalen Welpentransporten:
Erarbeitung eines detaillierten Ablaufplans
Drs. 17/12602, 17/14136 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer,
Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller u.a. und Fraktion (CSU)
Stellenabbau beim Zigarettenhersteller British American Tobacco in Bayreuth
sozialverträglich gestalten – Neue Perspektiven für Standort und betroffene
Arbeitnehmer schaffen
Drs. 17/12615, 17/14292 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher,
Dr. Christoph Rabenstein, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Stellenabbau bei BAT (British American Tobacco) in Bayreuth –
Arbeitsplätze erhalten, Perspektiven eröffnen und Zukunftspotenziale erschließen
Drs. 17/12616, 17/14293 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
BAT: Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmer und die Stadt Bayreuth zielführend unterstützen
Drs. 17/12617, 17/14295 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Landesentwicklung in Bayern – ökologisch, attraktiv, demokratisch
Drs. 17/12621, 17/14297 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Andreas Lotte, Horst Arnold, Florian von Brunn u.a. SPD
Zweckentfremdung von Wohnraum stoppen!
Drs. 17/12622, 17/13977 (A)

über den Antrag wurde einzeln in namentlicher Form abgestimmt

17. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller u.a. SPD
Barrierefreiheit in bayerischen Krankenhäusern voranbringen
Drs. 17/12623, 17/14296 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
RZWas 2016 nachbessern – Strukturschwachen Kommunen stärker helfen!
Drs. 17/12694, 17/14137 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
In der Milchkrise handeln statt „dauergipfeln“ – vorübergehende Streichung der
Umlage gemäß § 22 des Gesetzes über den Verkehr mit Milch,
Milcherzeugnissen und Fetten (Milch- und Fettgesetz)
Drs. 17/12711, 17/14305 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mögliche Auswirkungen der Einführung neuer Rechnungslegungsstandards
(EPSAS) durch die EU auf Bayern ausleuchten
Drs. 17/12921, 17/14298 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Koordinierung und Bündelung der Kompetenzen im Kampf gegen
Internetkriminalität
Drs. 17/12980, 17/13976 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Hackerangriffe aus dem Ausland in die polizeiliche Kriminalstatistik aufnehmen
Drs. 17/12981, 17/13975 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gegen Hass im Netz: Rechtsextreme und rassistische Hetze und Vernetzung im Internet bekämpfen
Drs. 17/12988, 17/13974 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Wirtschaftsspionage
Drs. 17/12990, 17/13973 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u.a. und Fraktion (SPD)
Bundeswehreinsatz im Inneren
Drs. 17/13013, 17/14289 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

26. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushalt klar und ehrlich aufstellen
Drs. 17/13018, 17/14299 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

27. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Militarisierung der Innenpolitik
Drs. 17/13025, 17/14290 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Josef Zellmeier, Manfred Ländner u.a. und Fraktion (CSU)
Bericht zum Amokeinsatz im Olympia Einkaufszentrum in München
Drs. 17/13032, 17/13972 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Biobier beim Staatlichen Hofbräuhaus und bei der Staatsbrauerei Weihenstephan
Drs. 17/13071, 17/14300 (E)

in folgender Fassung:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Staatlichen Hofbräuhaus in München und der Staatsbrauerei Weihenstephan zu empfehlen, die Herstellung von Bio-Biersorten unter der Verwendung bayerischer Rohstoffe zu prüfen, und dem Landtag zu berichten.

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Läuft der Antidumping-Schutz vor chinesischen Billigprodukten am 11. Dezember 2016 aus?
Drs. 17/13076, 17/14274 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Günther Knoblauch, Harald Güller u.a. SPD
Investitionsplatz soziale Integration im Quartier
Drs. 17/13086, 17/14302 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Josef Zellmeier, Manfred Ländner u.a. CSU
Sicherheit durch Stärke – erfolgreiche Bekämpfung der Internetkriminalität
Drs. 17/13216, 17/13971 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	A	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann, Manfred Ländner u.a. CSU
Erfassung von Auslandsstrafaten im Bereich der Internetkriminalität in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS)
Drs. 17/13217, 17/13970 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

34. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Isabell Zacharias, Martina Fehlner u.a. und Fraktion (SPD)
Finanzierung des Mindestlohns für wissenschaftliche Hilfskräfte an Hochschulen
Drs. 17/5406, 17/14098

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst,
der den Antrag für erledigt erklärt hat.

35. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal u.a. SPD
Barrierefrei studieren – 2. Schaffung von barrierefreiem Wohnraum
Drs. 17/9529, 17/14100

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst,
der den Antrag für erledigt erklärt hat.

36. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verfassungsklage zum Länderfinanzausgleich
Drs. 17/13017, 17/14301

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen,
der den Antrag für erledigt erklärt hat.